

Antrag

der Fraktionen der SPD und F.D.P.

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/2300 -

Landeshaushaltsgesetz 1998/1999 (LHG 1998/1999)

Ausbildungsinitiative

1. Der Landtag begrüßt, daß die finanziellen Anstrengungen der Landesregierung im Jahr 1997 zu 1 300 zusätzlichen Ausbildungsplätzen im dualen System geführt haben. Dadurch ist es gelungen, die von der Wirtschaft gemachten Anstrengungen wirkungsvoll zu unterstützen und einen weit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Zuwachs an Ausbildungsstellen in Rheinland-Pfalz zu realisieren.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - a) auch in den Jahren 1998 und 1999 den intensiven und innovativen Dialog mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Verwaltung und den Berufsschulen über die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen fortzusetzen. Dabei sollten auch die Kooperation der Lernorte, die Schaffung neuer Berufsbilder und die Qualifizierungsanforderungen der Zukunft weiter diskutiert werden;
 - b) die Förderung der Verbundausbildung weiterzuführen und die Erfahrungen, die in diesem Bereich in den letzten Jahren gemacht wurden, konstruktiv umzusetzen. Mit der Verbundausbildung ist es möglich, Betriebe, die bisher noch nicht ausgebildet haben, für die Ausbildung junger Menschen zu gewinnen;
 - c) insbesondere für benachteiligte Jugendliche die Bildungsangebote zu verstärken. Angesichts der Anhebung der Qualifikationsanforderungen und des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus sollen auch diejenigen, die im Bildungs- und Ausbildungswettbewerb nicht mithalten können, durch gezielte Programme und spezifische Bildungsangebote Beschäftigungs- und Lebenschancen erhalten;
 - d) zu prüfen, welche neuen Ausbildungsgänge für zweijährige Ausbildungsberufe geschaffen werden können.

Für die Fraktion der SPD:
Joachim Mertes

Für die Fraktion der F.D.P.:
Hans-Artur Bauckhage